

„Schon mit der Nazi-Zeit beschäftigt“

HAUPTAUSSCHUSS Stadträte unterstützen Ausstellungsprojekt Zwangsarbeit. Plecher: Wir haben beim Thema aber nicht geschlafen.

VON HARALD KUCHLER

BURGLENGENFELD. Die Projektgruppe „Zwangsarbeit“ erhält einen Zuschuss von 900 Euro. Darüber hinaus erklärt die Stadt Burglengenfeld ihre Bereitschaft und Mitarbeit zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Zeit in Burglengenfeld bzw. im Städtedreieck. Dies beschloss der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig in seiner Sitzung am Mittwoch.

Bürgermeister Heinz Karg machte jedoch auch einige Bedenken geltend, wie schon in einer zwei Tage vor der Ausschusssitzung verbreiteten Presseerklärung der drei Bürgermeister im Städtedreieck (MZ vom Dienstag). So bestehe bei ihm und seinen Amtskolleginnen die Sorge, dass eine tiefergehende Aufarbeitung des Themas unter dem Zeitdruck leidet, den sich die Projektgruppe selbst auferlegt habe. Wie berichtet, möchte die Gruppe bis Februar 2010 eine Ausstellung über das Thema „Zwangsarbeit im Städtedreieck“ präsentieren. Karg sagte, die Bürgermeister wollten deshalb mit dem Vorsitzenden der Projektgruppe, dem Journalisten Chris Humbs, ein Gespräch führen. Man wolle dabei auch auf eine wissenschaftlich fundierte

Aufarbeitung der NS-Zeit in der Region drängen, so Karg. „Ohne jeden Zeitdruck und im Sinne des bestmöglichen Ergebnisses.“ Dies könne auch bedeuten, dass die Ausstellung nicht wie geplant im Februar 2010 eröffnet werden kann. Karg: „Wir stellen uns unserer Verantwortung. Wir lassen uns dabei aber nicht von Dritten unter Druck setzen.“

Die Projektgruppe „Zwangsarbeit“ hat sich im Sommer 2009 aus Journalisten, Historikern, Lehrern und engagierten Bürgern in Berlin und dem Städtedreieck gegründet. Die Gruppe entstand aus der Diskussion um die Umbenennung der Friedrich-Flick-Straßen in Maxhütte-Haidhof und Teublitz. Der TV-Journalist Humbs hatte für einen Magazinbeitrag zu diesem Thema recherchiert. Die Stadtratsgremien von Maxhütte-Haidhof und Teublitz hatten in nicht-öffentlicher Sitzung eine Umbenennung der Flick-Straßen bisher abgelehnt. Der Industrielle Flick war Eigentümer der Maxhütte, in seinen Werken beschäf-

tigte er auch Zwangsarbeiter. Nach dem Krieg wurde er als Kriegsverbrecher verurteilt.

Stadtrat Sebastian Bösl (SPD), selbst Mitglied der Projektgruppe, sagte in der Ausschusssitzung, die Berliner Mitglieder der Gruppe seien in erster Linie zuständig für die Koordinierung und Planung der Ausstellung zum Thema Zwangsarbeiter. Die Arbeit der Oberpfälzer Gruppe, bestehend aus Historikern und Kommunalpolitikern, sei längerfristig angelegt. Insbesondere wurde das Gymnasium miteinbezogen, wo im Rahmen eines Grundkurses Geschichte gelehrt wurde, Materialien aus den Archiven zu sichten. Ziele des Vereines seien die Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung. Die Ausstellung solle nicht das Ende, sondern der Beginn dieses Prozesses sein. Er freue sich, dass sich die drei Bürgermeister entschieden hätten, die Aufklärung „über dieses hochsensible Thema“ inhaltlich wie auch finanziell zu unterstützen.

„Wir stehen hinter diesem Projekt“,

„ZWANGSARBEITER“ WAR SCHON 2002 EIN THEMA

► **Die Ausführungen** von Stadtrat Plecher veranlassten Bürgermeister Karg, den die Bemerkungen der Berliner Gruppe ebenfalls sichtlich wurmten, selbst noch ein paar Sätze hinzuzufügen. „Es kommt so über, als ob wir für Berlin die Dorfdeppen sind. Aber Geschichtsbewusstsein haben wir schon selber.“

► **Karg erinnerte daran**, dass bereits im

Juli 2002 vom Stadtrat ein Beschluss gefasst worden sei, ein Forschungsprojekt zum Thema Zwangsarbeiter im Landkreis Schwandorf zu unterstützen. Aufgrund der möglichen Ergebnisse dieser Forschungen wäre man auch bereit gewesen, am Friedhof eine Gedenktafel an die Zwangsarbeiter anzubringen. Seither habe er aber nichts mehr von dem Projekt gehört. (ku)

sagte SPD-Fraktionssprecher Wolfgang Dantl. Das Thema sei allerdings zu wichtig, um es in einem „Schnellschuss“ zu bearbeiten. Die Einbindung von Schülern sei erfreulich, jedoch dürfe man die wissenschaftliche Fundierung nicht außer Acht lassen. Einem möglicherweise noch größeren Engagement der drei Städte stehe man positiv gegenüber. Auch die CSU unterstützt das Vorhaben, so Stadtrat Robert Gehse. Man habe allerdings auch Bedenken wegen der Kürze der Zeit bis zur geplanten Ausstellung.

Längere Ausführungen zum Thema machte CSU-Stadtrat Georg Plecher. Er unterstrich, dass man die Vergangenheit kennen müsse, um aus ihr lernen zu können. „So was wie von 1933 bis 1945 in Deutschland darf nie wieder vorkommen.“ Plecher merkte aber auch an, dass man sich im Städtedreieck durchaus schon mit der Aufarbeitung der Hitlerjahre beschäftigt habe. Er verwies auf entsprechende Kapitel in dem Heimatbuch „Burglengenfeld“ von Margit Berwing, der Leiterin des Volkskundemuseums.

Damit wollte Plecher auch Aussagen der Projektgruppe Zwangsarbeit relativieren, dass gerade in ländlichen Regionen der Bundesrepublik noch Defizite bei der Aufarbeitung der NS-Geschichte bestehen. „Wir haben hier nicht geschlafen bei diesem Thema.“ Natürlich werde sich die CSU aber auch nicht dagegen wehren, dass weitere Erkenntnisse zu Tage gefördert würden. „Das ist wichtig für die Jugend.“